

GESUNDHEITSPOLITIK

„Lassen Sie mich ausreden!“

Ein Ökonom auf Mission: Professor Karl Lauterbach (SPD) diskutiert mit Ärzten über die Gesundheitsreform. **7**

Bremen bei DMP an der Spitze

Bei den Programmen für chronisch Kranke liegt das Land Bremen im Bundesvergleich an erster Stelle. **9**

MEDIZIN

Migräne bei Kindern

Bei jungen Migräne-Patienten sind die Schmerzen oft nicht einseitig, sondern treten in der Stirnmitte auf. **11**

Hilfe bei Lumbago

Ein Muskelrelaxans mindert Schmerzen und Muskelverspannungen effektiv. Das Bewegungsvermögen steigt. **14**

WIRTSCHAFT

Technik erfordert Schulung

Ohne Schulung kann neue Informationstechnik Probleme bereiten. Das zeigen Erfahrungen aus den USA. **17**

Ebbe auf dem Praxiskonto

Wenn die KV-Abschlagszahlung plötzlich geringer ausfällt als gewohnt, gilt es, alle Reserven zu mobilisieren. **18**

PANORAMA

Strikte Regeln gegen Gewalt

Mit strikten Regeln wie Handy- und Kaugummiverbot wurde eine Berliner Schule zur Vorbild-Lehranstalt. **19**

ÄRZTE & ZEITUNG Postfach 20 02 51
Verlagsgesellschaft mbH 63077 Offenbach

Leser-Service:

Tel.: (061 02) 5060
Fax: (061 02) 5061 77

Redaktion:

Tel.: (061 02) 5060
Fax: (061 02) 588 70
(061 02) 587 40

Verlag:

Tel.: (061 02) 5060

Fax: (061 02) 5061 23

Internet:

E-mail: info@aerztezeitung.de

Web: www.aerztezeitung.de

Paßwort: arztonline

Zs B

26091x

ZB MED

(RKI). Im Median waren in Risikogebieten geimpft: in Baden-Württemberg elf Prozent, in Bayern 20 Prozent, in Hessen 14 Prozent, in Rheinland-Pfalz zwölf Prozent und in Thüringen 19 Prozent (wir haben kurz berichtet).

Auffällig war der hohe Anteil von Personen mit unvollständiger Grundimmunisierung. So hatten zum Beispiel in ganz Bayern nur 16 Prozent der Befragten einen vollständigen Impfschutz, weitere 19 Prozent hatten eine Impfserie nur begonnen. Unvollständig Geimpfte können aber genauso

Erstmals H5N1 in Geflügelbetrieb in Deutschland

DRESDEN (dpa). Erstmals ist in Deutschland in einem Geflügelzuchtbetrieb das Vogelgrippevirus H5N1 nachgewiesen worden. Das haben das sächsische Sozialministerium und das Friedrich-Loeffler-Institut (FLI) auf der Insel Riems bestätigt. Im nationalen Referenzlabor des FLI war bereits am Dienstagabend in Proben aus dem betroffenen Geflügelbetrieb nachgewiesen worden, daß es sich um Viren des H5-Stammes handelt.

Der Krisenstab der sächsischen Staatsregierung hat seine Arbeit aufgenommen. Schutzzonen in drei und zehn Kilometer um den Betrieb sind eingerichtet. Gestern nachmittag wurde mit der Keulung der Tiere begonnen. Es wird voraussichtlich zwei Tage dauern, um die etwa 16 000 Tiere zu töten.

Der Bauernverband rechnet nicht mit einer flächendeckenden Ausbreitung der Vogelgrippe bei Nutzgeflügel in Deutschland.

Siehe Seiten 4 und 11

Über 50jährige haben bei Zeckenstichen ein besonders hohes Risiko für FSME. In Risikoregionen brauchen sie die Impfung.

schwer erkranken wie Ungeimpfte, betont das RKI. An Ärzte wird appelliert, bei der Impfung stärker als bisher auf die Notwendigkeit einer kompletten Immunisierung hinzuweisen. Für kurzfristigen Schutz sind mindestens zwei, für längeren Schutz mindestens drei Impfungen erforderlich. Alle drei oder alle fünf Jahre muß die Impfung zudem aufgefrischt werden.

Besonders Menschen im Alter sind gefährdet. In den Schulen sind die Schutzwachen es zwar weniger, aber für 50jährige erkrankt man durch einen Zeckenstich aber die Krankheit FSME als jüngerer Mensch.

Mehr Infos unter [www.aerztezeitung.de](#) „Infektionen“

PKV-Ombudsmann immer mehr Beschwerden

Veraltete Gebührenordnungen machen die Arbeit des Ombudsmanns für Privatversicherte zunehmend schwieriger.

KÖLN (iss). Die Definition des medizinisch Notwendigen wird immer häufiger zum Streitpunkt zwischen privaten Krankenversicherern (PKV) und ihren Kunden.

schreibt Surminski. Die Krankenkassen sehen sie sich in der Pflicht, die Leistungsbereitschaft zu erhöhen, da die Kosten für eine Behandlung zu übernehmen.

Diese Erfahrung macht der PKV-Ombudsmann Arno Surminski. Bei ihm häufen sich die Beschwerden von Versicherten, weil sich Unternehmen weigern, die Kosten für eine Behandlung zu übernehmen.

„Die Versicherer versuchen, dem medizinischen Anspruchsdenken und der Ausweitung in die Leistungsmenge mit strengeren Prüfungen zu begegnen, was naturgemäß zu Konflikten zwischen Versicherer und Versicherungsnehmer, aber auch mit Ärzten und Zahnärzten führt“,



Arno Surminski, Ombudsmann für Privatversicherte. Foto: dpa

dizinischer recht würd Auch die Physiotherapeutin therapeutische Wirkstoffe.